

WILHELM FRISCH

Bergarbeiter – Widerstandskämpfer

von Luitwin Bies

„Als Deutsche ehren wir das Andenken der Opfer des deutschen Widerstandes, des Bürgerlichen, des Militärischen und Glaubensbegründeten, des Widerstandes der Kommunisten.“

Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985

Mit seiner viel beachteten Rede hat der ehemalige Bundespräsident das bislang vorherrschende Bild über den antifaschistischen deutschen Widerstand ergänzt. Allenthalben bekannt ist die Aktion vom 20. Juli 1944, als die Offiziere um den Obersten Graf Schenk von Stauffenberg beginnend mit dem Attentat auf Hitler versuchten, die Diktatur zu stürzen, den Krieg und damit das sinnlose Massensterben an den Fronten und in der Heimat zu beenden.

Weithin bekannt ist auch das Wirken der Studentengruppe „Weiße Rose“ um die Geschwister Sofie und Hans Scholl und den Saarbrücker Willi Graf. Was aus den Reihen der Arbeiterschaft geleistet worden ist, von Gewerkschaftern, Sozialdemokraten und Kommunisten, wurde bisher vielfach übersehen. Das gilt besonders auch für den Widerstand von saarländischen Bergarbeitern. In den Gruben und den Bergarbeitergemeinden an der Saar gab es viele Äußerungen des Widersandes. Viele Kumpel wurden verhaftet, mussten Zuchthaus, Gefängnis und KZ erleiden. Hunderte saarländische Bergarbeiter wurden im Jahr 1937 abgelegt und in andere Bergbau-Revier zwangsverpflichtet. Andere gingen den schweren Weg in die Emigration. Viele Führungspersönlichkeiten der Sozialdemokratie und der KPD waren Bergarbeiter. Diejenigen, die von 1936 bis 1939 die Widerstandsorganisation der KPD-Bezirk Saar/Pfalz leiteten und vom NS-



Regime hingerichtet oder in den Tod getrieben worden sind, waren Bergarbeiter:

- Josef Wagner, geboren am 6. Mai 1897 in Lockweiler war ab 1916 auf dem Gargan-Schacht in Kleinrosseln beschäftigt, arbeitete von 1924 bis 1931 auf Grube Hirschbach. Am 1. September 1943 wurde er in Berlin-Plötzensee hingerichtet.
- Heinrich Konrath, geboren am 18. Oktober 1912 in Elversberg war Bergmann und wurde am 15. September 1942 in Stuttgart hingerichtet.
- Wilhelm Frisch, geboren am 29. März 1891 in Wemmetsweiler, Bergmann, Gewerkschafter, Parlamentarier.

In einem Brief an den Oberreichsanwalt bei faschistischen Volksgericht hieß es: „Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen den Bergmann Wilhelm Frisch, geboren am 29.3.1891, in Wemmetsweiler/Saar... Wilhelm Frisch wurde am 28. 8.1940 durch das Einsatzkommando in St. Dizier (Frankreich) festgenommen und am 23.9.1940 nach hier überstellt. Er wurde noch am gleichen Tag vernommen und hat sich, bevor die Ermittlungen abgeschlossen werden konnten, am 20.10.1940 in der Arrestanstalt der Ortskommandantur in Saarbrücken erhängt...

Gez. Matschke
Beglaubigt: Dincher, Kanzleiangestellte“

Schaut man sich den Text dieser Meldung genau an, so wird sichtbar, dass Wilhelm Frisch vier Wochen lang „vernommen“ wurde, so wie die Gestapo in Saarbrücken und andernorts vernommen hatte. Der Gestapo-Beamte, der den Bergarbeiter, den Gewerkschafter, den kommunistischen Antifaschisten „bearbeitet“ hatte, war Kriminal-Oberassistent Karl Harms, damals wohnhaft in Saarbrücken, Brentanostraße 10. Wie er die Gefangenen vernommen hat, ist von Überlebenden häufig geschildert worden.

Tag und Nacht ist Wilhelm Frisch gefoltert, geschlagen worden. Mitgefangene erzählten später, dass er „bereits nach wenigen Tagen bis zur Unkenntnis entstellt war. In der Nacht zum 2. Oktober 1940 aber kamen die Mitgefangenen des Alexander-Gefängnisses nicht zur Ruhe. Vom frühen Abend bis zum Morgen wurde Wilhelm Frisch in seiner Zelle von entmenschten NS-Schergen geschlagen und gequält... Die ganze Nacht hörte man das Schlagen und seine gequälten Schreie.“ Das so genannte Alexander-Gefängnis, so benannt nach der Alexander-Straße, die es heute nicht mehr gibt – in Alt-Saarbrücken lag etwa zwischen dem heutigen Ludwigs-Gymnasium und der Hohenzollernstraße.

2

Seiner Frau, die ihm Wäsche und Lebensmittel bringen wollte, übergab man am nächsten Tag die blutigen Kleidungsstücke, gestattete ihr aber nicht, die Leiche ihres Mannes sehen zu können. Der Bestatter sagte später, er habe eine so zugerichtete Leiche noch nie gesehen.

Wer war dieser Mann, den die Faschisten gehasst, verfolgt, gefoltert und schließlich ermordet haben? Wilhelm Frisch kam als Sohn des Bergmannes Wilhelm Frisch und dessen Frau Margaretha, geborene Maas zur Welt. Das damalige „System Hilger-Stumm“ (Hilger war der mächtige Chef des Preußischen Bergbaus, „König Stumm“ war der gewaltige Hüttenindustrielle und Reichstagsabgeordneter) drückte den Arbeiterfamilien ihren Stempel auf, auch der Bergarbeiterfamilie Frisch. Mutter Margaretha starb, als der Junge Wilhelm sechs Jahre alt war, an Lungenschwindsucht. Der Vater verunglückte tödlich, als Wilhelm zwölf Jahre alt war. Zwei Schwestern von ihm starben früh. Nach der Schulentlassung musste Wilhelm Frisch als Hilfsarbeiter zur Glashütte nach Friedrichstal. Danach begann er als Jungarbeiter auf der Grube „Itzenplitz“, blieb dann dort ein Jahr als Bergarbeiter, danach fuhr er zwei Jahre lang auf „Camphausen“ ein. Vom Saarbergbau wechselte er zu den lothringischen Erzgruben in Algrange und Groß-Hettingen über.

Ab 1913 leistete er Wehrdienst, geriet während des Ersten Weltkrieges in russische Kriegsgefangenschaft. Von dort brachte ihm die Oktoberrevolution von 1917

schließlich im Februar 1918 die Freilassung. Im November 1918 gehörte er dem Soldatenrat des Ersatzbataillons 55 in Detmold an. Danach arbeitete Wilhelm Frisch erneut in der Erzgrube „Karl Ferdinand“ in Groß-Hettingen. Hier heiratete er 1918 seine Frau Wilhelmina, geborene Quack. 1920 wurde Tochter Wilhelmine geboren.

Als 1920 die deutschen Reichsbürger aus Lothringen ausgewiesen wurden; nahm die Familie Frisch in Wemmetsweiler Wohnung und er fand Arbeit auf der Grube Camphausen, wo er bis 1925 blieb. Im gleichen Jahr zog die Familie nach Landsweiler um und Wilhelm Frisch begann auf Grube Reden zu arbeiten. Dort blieb er bis 1935. Kriegszeit, Gefangenschaft, soziale Erfahrungen und Probleme, gesellschaftliche Missstände forderten Wilhelm Frisch zum Nachdenken über Lösungsmöglichkeiten heraus, zum Nicht-Anpassen, zum Sichauflehnen, zu Engagement. Wilhelm Frisch war deshalb seit 1918 freigewerkschaftlich organisiert. Er trat 1927 in Landsweiler der KPD bei und kandidierte erfolgreich 1932 zum Gemeinderat in Landsweiler und im selben Jahr zum Landesrat des Saarlandes.

Seit dieser Zeit gehörte er zur Bezirksleitung der KPD Saar-Nahe. Er war auch Mitglied der Bezirksleitung des Einheitsverbandes der Bergarbeiter, d.h. der Bergarbeiterorganisation der RGO.

Die Zeugnisse über Wilhelm Frisch's Engagement als Arbeitervertreter und Gewerkschafter, als Kommunalpolitiker und Landesparlamentarier sind vielfältig. Von ihm sind Artikel und Berichte überliefert, Flugblatt-Texte, in denen er die Bedürfnisse seiner Arbeitskollegen, der Bergarbeiter und ihrer Familien zum Ausdruck bringt. Wir kennen Berichte über ihn, über sein Wirken im Gemeinderat, im Landesrat, für eine an den Arbeiterinteressen orientierte Gewerkschaftspolitik, für die Gewerkschaftseinheit.

3

Die Wahl zum Landesrat 1932 erbrachte folgende Ergebnisse. Bei 477.635 Wahlberechtigten und einer Wahlbeteiligung von 77,3 Prozent erhielten:

	Stimmen		Prozent		Mandate
Zentrumspartei	156.615	=	43,19	=	14
SPD	035.968	=	09,92	=	03
KPD	084.112	=	23,19	=	08
DSVP	024.152	=	06,66	=	02
Wirtschaftspartei	011.591	=	03,20	=	01
NSDAP	024.455	=	06,74	=	02

Für die Stimmabgabe war auch unter der Losung geworben worden: „Bergarbeiter, euer Kandidat ist der Bergmann W. Frisch, Spitzenkandidat der Liste 4, KPD“.

Besonders in der Zeit der Weltwirtschaftskrise, des Lohn- und Sozialabbaus, der Notverordnungen durch die Regierungskommission im Saargebiet, in dieser Zeit der Beschneidung der sozialen und der Arbeiterrechte erhob er seine Stimme im Landesrat.

Wilhelm Frisch betonte 1932 im Landesrat: „Wir wissen, daß der Lohnabbau nicht durch Verhandlungen verhindert werden kann... Wir Kommunisten sagen den

Arbeitern: Ihr müsst kämpfen um euer Recht, hier stehen sich die Interessen zweier Klassen gegenüber. Hier steht die Regierungskommission als Vertreterin der Kapitalinteressen an der Saar und dort stehen die hungernden Massen und nur im Kampfe werden diese Forderungen zu erfüllen sein.“ Und am 11. Januar 1934 appellierte er: „...Ich benutze diese Tribüne, um die Bergarbeiter und darüber hinaus die gesamte Saararbeiterschaft zum Kampf für diese Forderungen ...aufzurufen“. (Hier sei darauf verwiesen, dass der Landesrat kein Gesetzgebungsrecht und kein Etat-Recht hatte. Das bedeutete allerdings nicht, dass die Fraktionen darauf verzichtet hätten, Gesetzesvorschläge einzureichen und zu begründen.

Wilhelm Frisch hielt im Landesrat nicht nur agitatorische Reden. Er setzte sich 1932 für ein Bergarbeiterschutzgesetz ein, begutachtete Gesetzesvorlagen bzw. Verordnungsentwürfe der Regierungskommission, z.B. zu Hypotheken-Zinsen, zum Gerichtesverfassungsgesetz, zu Jugendschutz und Jugendnotlage, zu Arbeitslosigkeit, Wirtschaftsfragen und zu einem Alternativprogramm. 1933 begründete Wilhelm Frisch Anträge zur Sozialpolitik. 1934 nahm er Stellung zu Wirtschaftsfragen, zur Lage in der Schwerindustrie, zur gesetzlichen Regelung des Tarifwesens. Er setzte sich auseinander mit der pro-faschistischen „Deutschen Front“. Über eine Erklärung von Wilhelm Frisch im Gemeinderat Landesweiler berichtete die „Arbeiter-Zeitung“: „Scharf waren seine Worte gegen die Hitlerdiktatur, die Regierung der Brandstifter und Arbeitermörder; rücksichtslos brandmarkte er die Faschisierungsmaßnahmen im Saargebiet, den Raubbau der französischen Grubenverwaltung und die steigende Ausbeutung in den Betrieben der Nazi-Unternehmer und entlarvte die arbeiterverräterische Rolle der Deutschen Front“.

4

Wilhelm Frisch hatte damals im Kampf der antifaschistischen Kräfte, beim Zustandekommen ihrer Einheit, d.h. der Einheit der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften, eine bedeutende Rolle gespielt. Nachdem es 1933 in Dudweiler zu einer Vereinbarung gekommen war, unterzeichneten in seiner Gemeinde Landesweiler am 6. Juni 1934 Robert Bier für die KPD und Jakob Klemm für die Sozialdemokraten ein Einheitsfront-Abkommen. In der damaligen Situation war mit dieser Vereinbarung offensichtlich die Schranke zwischen beiden Parteien durchbrochen worden. Es folgten Ottweiler und andere Orte und schließlich verständigten sich in den ersten Juli-Tagen 1934 dann beide Parteien auf einen gemeinsamen Aufruf für gemeinsame Aktionen.

Als schließlich im November/Dezember auch Vereinigungsbeschlüsse der Eisenbahner, der Bauarbeiter und der Bergarbeiter zustande kamen, konnte Wilhelm Frisch und Julius Schwarz, der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes einander die Hände reichen.

Das Stimmenergebnis vom 13. Januar 1935 ist bekannt. Für den Anschluss an den faschistischen deutschen Staat gaben 477.199 Stimmberechtigte ihr Votum ab, 46.613 Stimmen votierten für den Status Quo.

An dieser Stelle sei eine politische Operation in Erinnerung gerufen, die heutzutage oft übersehen wird. 1932/33 war die Konstellationen folgende:

Zentrumspartei	156.615 Stimmen	=	43,19 Prozent
SPD	035.968 Stimmen	=	09,92 Prozent
KPD	084.112 Stimmen	=	23,19 Prozent
		zusammen	76,30 Prozent

Theoretisch eine gute Voraussetzung zur Schaffung einer mächtigen antifaschistischen Front. Doch durch die Kollaboration führender Zentrumspolitiker, christlicher Gewerkschaftsführer, Bürgerlicher mit dem Industriellen Hermann Röchling und den Nazis – bei aktiver und massiver Beteiligung der Bischöfe von Trier und Speyer wurde die profaschistische „Deutsche Front“ zusammengeschoben – auch im Landesrat. Das bedeutete:

Zentrumspartei	43,19 Prozent
Deutsch-Saarländische Volkspartei (DSVP)	06,66 Prozent
Wirtschaftspartei	03,20 Prozent
NSDAP	06,74 Prozent
	zusammen 59,79 Prozent

Was ein solcher Block an Terror, Korruption plus Einsatz aller Mittel und Möglichkeiten des faschistischen Staates vermochten, ist am 13. Januar-Ergebnis ablesbar.

Der Antifaschist Wilhelm Frisch und seine Freunde nahmen mit Bedrückung das Abstimmungsergebnis zur Kenntnis. Sie resignierten aber nicht. Wilhelm Frisch konnte nicht mehr in Landsweiler bleiben. Er fand Unterkunft in Saarbrücken und ging im April 1935 in die Emigration nach Frankreich. Zwischen Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses und Exil half er seiner Partei die politische Arbeit unter illegalen Bedingungen vorzubereiten.

In Frankreich arbeitete Wilhelm Frisch zuerst im Steinbruch, dann als Hilfsarbeiter im Tiefbau. Frau und Tochter folgten ihm im November 1935. Sie fangen zuvor in Hilschbach/Riegelsberg ein Obdach.

Spätestens seit August 1935 war der Gestapo bekannt, dass Wilhelm Frisch zur Leitung der KPD/Saar im Grenzabschnitt gehörte. Am 30. Mai 1938 erfolgte seine Ausbürgerung. Wilhelm Frisch ist neben Otto Niebergall, Willi Hermann, Sepp Wagner, Karl Merkel und Heinrich Konrath u.a. dem Führungskreis der KPD/Saar/Pfalz für die Zeit 1935 bis September 1939 zuzurechnen. Die KPD-Abschnittsleitung unterhielt damals Verbindungen zu etwa 50 Gruppen und Stützpunkten in Betrieben, Städten und Dörfern. Frisch war ab April 1936 mit dem Sozialdemokraten und Nachkriegsminister, dem SPD-Vorsitzenden Richard Kirn zusammen im „Koordinationsausschuss freigewerkschaftlicher Bergarbeiter“ tätig. Beide arbeiteten eng mit den französischen Bergarbeiter-Gewerkschaften zusammen. Schwerpunkt seiner Arbeit blieben die Belange seiner Bergarbeiterkameraden und zwar jener aus dem Saarbergbau als auch jeder Lothringer-Grenzgänger. Für zahlreiche Schriften, Flugblätter und Artikeln die gedruckt oder hektographiert über die Grenze geschmuggelt wurden, zeichnete er verantwortlich. Hierzu griff er auf ein illegales Verbindungs- und Kuriersystem zurück, das den gefährlichen Transport besorgte.

Welchen Themen widmeten sich diese Schriften? Zuerst sorgte ihn die wachsende Kriegsgefahr. Damit verbunden waren soziale Themen, Fragen zu Arbeitszeiten, Arbeitsintensitäten, Widersprüche im Entlohnungssystem in Hütten und Gruben. Aber auch Fragen demokratischer Rechte und religiöse Freiheiten bewegten Frisch.

Als am 7. März 1936 die Regierung Hitler durch die Wehrmacht das Rheinland besetzen ließ, kam es zu einer gemeinsamen Erklärung der sozialdemokratischen Landespartei des Saargebiets und der Kommunistischen Partei Saar/Pfalz. Darin betonten beide Parteien, dass Hitler „der schlimmste Kriegstreiber“ sei und stellten die Frage: „Sollen wir uns auf dem Schlachtfeld für Hitler, Krupp, Röchling und Konsorten abschlachten lassen?“ Dem wurde ein klares Nein entgegengesetzt und argumentiert: „Wer seine Heimat liebt, muß für den Frieden kämpfen...“

Diesem Aufruf vom 19. März 1936, folgten viele weitere Appelle, Flugblätter, Tarnschriften, Klebezettel, so zum Bau des Westwalls, zum Münchener Abkommen 1938, zur Besetzung Österreichs und der Tschechoslowakei.

Immer wieder prangerten Frisch und seine Genossen die wirtschaftlich-sozialen Probleme an, die sich aus dem Rüstungs- und Kriegskurs ergaben.

Wurden Gedingekürzungen und Arbeitszeitverlängerungen im Bergbau, wurden schlechte Löhne in der Hüttenindustrie und großkapitalistische Profit-Erwartungen angeprangert. Man hoffte aus Arbeiteraktionen in den Betrieben, antifaschistischen Widerstand auszulösen. In den Jahren 1935 bis 1939 gelang dies sogar in Teilbereichen, so bei der Völklinger- und der Burbacher Hütte, im Bergbau, bei den Lothringen-Grenzgängern und auch bei den Westwall-Arbeitern. Vorkommnisse in den Betrieben, das „Führer-Gefolgschafts“-Prinzip, das diktatorische Regime in Hütten und Gruben waren immer wieder Anknüpfungspunkte, um dazustellen, dass das Naziregime weder nationale Interessen vertrete, noch eine Spur von Sozialismus zeige. Immer wieder nannte man Beispiele, wie sich Belegschaften von Betrieben oder die Grenzgänger wehrten und Teilerfolge erzielten.

Bei den Protesten gegen Austausch der Christuskreuze zu Gunsten von Hitlerbildern in den Bexbacher Schulen, wurde Unterstützung gewährt. Im November 1938 protestierte man gegen Brandstiftungen und Zerstörung von Synagogen und die Verfolgung jüdischer Mitbürger.

Josef Wagner, Wilhelm Frisch, Heinrich Konrath und ihre Genossen waren sich darüber klar, dass nur mächtige Volksaktionen die Hitler-Faschisten von der Entfackung der Kriegsflagge abhalten können. Im Kern entsprechender Aktivitäten müssten einheitliche Aktionen der beiden Arbeiterparteien, der Gewerkschaften, müsste das Zusammenarbeiten von Sozialdemokraten und Kommunisten und die Gewinnung der katholischen Widerstandskräfte sein. Deshalb nahmen Wagner, Frisch, Konrath auch an den Beratungen der Parteien- und Organisationsvertreter zur ständig neuen Begründung einer Einheitsfront und ihre Ausweitung zur Volksfront teil. Wilhelm Frisch setzte sich besonders für die Gewerkschaftseinheit in der Emigration und im Lande ein. Er wurde Mitbegründer des „Arbeitsausschusses freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands“ in Paris. Und er war – gemeinsam

mit dem sozialdemokratischen Funktionär und ehemaligen Sekretär des Bergbau-Industrie-Arbeiter-Verband-Deutschlands (BAV) Richard Kirn - Leiter der Grenzstelle dieses Ausschusses in Forbach. Ebenfalls mit Richard Kirn wirkte er ab 1937 in dem „Koordinationsausschuss deutscher Gewerkschafter“ in Frankreich. Im Mai 1938 vertrat er - zusammen mit Wilhelm Knöchel¹ und Franz Vogt² - die deutschen Bergarbeiter beim 33. Kongress der Bergarbeiter-Internationale in Luxemburg.

Im Dezember 1937 registrierte die Gestapo in Saarbrücken aufgrund eines Spitzelberichts, dass Frisch u. a. an den Konferenzen in Straßburg und an anderen Orten teilgenommen hätten. Sie seien vom „Koordinierungs-Ausschuß der deutschen Gewerkschaften in Frankreich“ einberufen worden. Worum es dabei gehe, hat die Gestapo so formuliert: „Dieser Ausschuß hat sich zur Aufgabe gesetzt, den Aufbau einer unabhängigen einheitlichen deutschen Gewerkschaftsbewegung im Ausland zu erreichen mit dem Ziel, im Innern Deutschland seine Ideen in der Arbeiterschaft und der Deutschen Arbeitsfront (das war die faschistische Zwangsvereinigung, in der alle Arbeitnehmer während der Nazizeit Mitglied sein mussten L.B.) agitatorisch auszunutzen und anzuwenden.“ Außerdem wollten die Gewerkschafter „durch Absendung von ausländischen Arbeiterdelegationen nach Deutschland und Verteilung von illegalem Material an die deutsche Arbeiterschaft, das über verschiedene Wege nach Deutschland gebracht“ werde, Einfluss ausüben.

Im März 1938 nahmen Wilhelm Frisch und weitere saarländische Bergleute an einer Generalversammlung der CGT für den Bezirk Lothringen in Merlebach teil. Frisch trug dort eine Grußadresse vor. Darin hieß es: „Es wird ewig das große Verdienst der französischen Arbeiterklasse sein und bleiben, daß sie durch ihre Verschmelzung und Einigung den Faschismus in Frankreich und somit, den Weg versperrt hat... Ihr habt Euch durch eigene Kraft eine Einheitsgewerkschaft und Volksfront von niemandem mehr rütteln... Durch Erfahrung sind wir zu der Überzeugung gelangt, daß nur die Einheits- und Volksfront den Hitlerfaschismus stürzen kann.“

In dieser Zeit entstanden eine Reihe von Artikeln, die in den von „Arbeitsausschuß freigewerkschaftlicher Bergarbeiter Deutschlands“ herausgegebenen „Bergarbeiter-Mitteilungen“ erschienen. Aus der Zeit von 1937 bis 1939 sind viele Beiträge aus seiner Feder bekannt. Er nahm teil an der Konstituierung eines Ausschusses zur Vorbereitung einer Volksfront für die Saar und traf hier mit sozialdemokratischen, christlichen und liberalen Antifaschisten zusammen.

Wilhelm Frisch und seinen Freunden war durchaus bewusst, dass es in einer Reihe von weltanschaulichen und politischen Fragen divergierende Auffassungen gab. Was immer aber trennen mochte, es sollte nicht so schwer wiegen wie die Gemeinsamkeiten im antifaschistischen Kampf, wie die Gemeinsamkeit in der Auffassung, dass zuerst der Friede gesichert werden müsse. Gerade diese Gedanken ziehen sich durch einen Brief, den die Mitglieder des Arbeitsausschusses zur Bildung der Volksfront im Saargebiet Sepp Wagner, Wilhelm Frisch, Otto Niebergall und „Hans (Jugend)“ (d.i. Heinrich Konrath) an den ehemaligen Fraktionsvorsitzenden der SPD-Reichstagsfraktion, Dr. Rudolph Breitscheid, richteten, der im Pariser Volksfront-Ausschuss eine bedeutende Rolle spielte.

In ihm wurden verschiedene Ereignisse in Erinnerung gebracht: „Görings Devisengesetz“, „Grenzgängeraktion“, „Katholikenaktion“, „Aktion der Bergarbeiter

gegenüber - und Sonntagsgeschichten“ usw. Es wurde dann besonders hervorgehoben dass diese Aktionen nur deshalb die „hohe Form des Kampfes angenommen“ hätten, weil „hier Sozialdemokraten und Kommunisten Hand in Hand mit den Katholiken“ zusammengewirkt hätten. Zur derzeitigen Situation wurde betont: „Die wichtigste Frage, die besonders die Saar als Grenzgebiet angeht, ist die Kriegsgefahr. An der Saar herrscht eine wirkliche schauerliche Angst vor dem Kriege. Zu dieser Kriegsstimmung hat der Nürnberger Parteitag sowie die die ganze Welt provozierende Rede Mussolinis bei seinem Berliner Besuch beigetragen. Hier wäre es nach unserer Meinung unumstößlich notwendig gewesen, dass wir als Volksfrontausschüsse zu diesen Provokationen dem Volke gezeigt hätten, was notwendig gewesen wäre. Dem Volk müsste gesagt werden, wo Hitler und seine Verbündeten, die Achse Berlin - Rom - Tokio - Deutschland hinführe...“ Eindringlich appellierten die Saarländer dann an den Volksfront-Ausschuss in Paris und an Rudolph Breitscheid persönlich: „Wir bitten Dich und alle Mitglieder des Arbeitsausschusses zur Bildung der deutschen Volksfront, daß Ihr zu unserer Befriedigung zur Hilfe unsers gemarterten Volkes und insbesondere unserer Helden in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern alles Euch noch Trennende begrabt. Eure Differenzen, die auch uns in der Arbeit trennen, sind nach unserm Wissen, gemessen an unseren Pflichten dem Lande gegenüber sehr gering...“

Es ist bekannt, dass die Kraft der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung nicht ausreichte, um die faschistische Diktatur auch nur ernsthaft zu erschüttern und den Kriegsbeginn zu verhindern.

8 Am 1. September 1939 wurden Forbach und die anderen Städte und Gemeinden im Grenzgebiet geräumt. Wilhelm Fisch kam nach Dignac, von Oktober 1939 bis Mitte August 1940 arbeitete er im Departement Pas-des-Calais als Bergmann. Am 24. August wurde er abtransportiert und am 28. August durch das Einsatzkommando in St. Dizier verhaftet. Ab 23. September war er in den Fängen der Gestapo in Saarbrücken, er war in den Händen jener Leute, die sein Leben, seine Arbeit an der Saar bis Januar 1935 genau beobachtet und am 1935 jede Regung, jedes Flugblatt, jede Schrift registrierten, an denen er beteiligt war.

Als die Gestapo dem Oberreichsanwalt Mitteilung machte, dass auf ihrer Mordliste ein neues Opfer einzutragen sei, hatte Wilhelm Frisch 28 Tage und Nächte hinter sich, die mit keiner Zeit in seinem Leben zuvor zu vergleichen waren. Ob der Standesbeamte, der nach den Angaben der Gestapo am 24. Oktober 1940 Frisch's Tod beurkundete und dabei „Freitod, Erhängt“ eintragen musste, eine Vorstellung von dieser Art „Gestapo-Freitod“ hatte, ist nicht bekannt. Wer in den Händen der Gestapo war, durfte nicht einmal den Tod frei wählen. Wilhelm Frisch ist 49 Jahre alt geworden.

¹ Wilhelm Knöchel (1899 bis 1944)

KPD-Funktionär und Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime. Hinrichtung im Zuchthaus Brandenburg-Görden.

² Franz Vogt (1899 bis 1940)

Gewerkschafter, SPD-Politiker und Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime. Suizid in Amsterdam.